

An die Große Kreisstadt Dachau
Herrn Oberbürgermeister
Peter Bürgel
Rathaus
85221 Dachau

Dachau, den 20. Oktober 2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Bürgel,
die SPD-Fraktion stellt folgenden

ANTRAG :

Die Verwaltung wird beauftragt im Stadtrat darüber zu berichten,

1. welche finanziellen Auswirkungen vorliegen, wenn die Kosten für den Betrieb des Digitalfunks für Rettungskräfte von der Stadt Dachau übernommen werden müssten.
2. ob und in welchem Haushaltsjahr eine Finanzierung möglich wäre.

Der Stadtrat fordert die Staatsregierung ausdrücklich auf, die Kosten für den Betrieb des Digitalfunknetzes in Bayern gemäß den Vereinbarungen zwischen Rettungsdiensten, Kommunen und der Staatsregierung in vollem Umfang zu übernehmen und nicht in den kommunalen Finanzausgleich mit einzubeziehen.

Begründung:

Für die Staatsregierung scheint der jahrelang verhandelte und von allen Seiten akzeptierte Kompromiss der Finanzierung, der Einführung und des Betriebes des Digitalfunks in Bayern nicht mehr bindend. Finanzminister und Ministerpräsident stellen ihn in Frage.

Dies bedeutet erstens, dass die bereits für 2006 geplante Einführung des Digitalfunks auch zum neu avisierten Zeitpunkt 2012 nicht mehr möglich würde. Das wäre für die Rettungskräfte katastrophal, denn sie haben in Erwartung der Einführungen der digitalen

Geräte nicht mehr in die Anschaffung der hoffnungslos veralteten Funkgeräte investiert. Wenn sich die Anschaffung also noch weiter verzögert, wird Bayern bei der Ausrüstung seiner Rettungsdienste, Feuerwehren und Katastrophenschutzeinrichtungen weit abgeschlagenes Schlusslicht sein.

Zum anderen ist die vom Innenminister gewünschte Einbeziehung des Digitalfunks in den kommunalen Finanzausgleich ein schwerer Schlag für die Kommunen. Die jährlich anfallenden etwa 36 Millionen Euro für den Betrieb des Funknetzes auf die Kommunen umzulegen ist nicht vertretbar. Es ist außerdem ungerecht, da der Freistaat die Kosten für den Betrieb sowieso zahlen muss, denn das Digitalfunknetz der Polizei, das der Freistaat ohnehin stellen muss, kann ohne weiteren Aufwand von Rettungskräften mit genutzt werden.

Der Freistaat will damit lediglich auf den Schultern der Kommunen sparen und bürdet sukzessive Leistungen den von der Finanzkrise sowieso geschwächten Kommunen auf.

Freundliche Grüße

A handwritten signature in black ink that reads "Petra Böhm". The signature is written in a cursive style with a large, sweeping flourish at the end.

Petra Böhm